Protokoll

46. Sitzung (nicht öffentlich)

15. September 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

17.00 Uhr bis 17.55 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dautzenberg (CDU)

Stenograph : Berger

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum
Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993)
und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen
des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und
Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen
Ausgleichs der finanziellen Beteiligungen der Gemeinden
am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushalts-
jahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5510, 11/5929 und 11/5666

Schlußberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

1. a) Neufassung des Artikels II des Gesetzentwurfs 2
(Vorlage s. Anlage)

1. b) Auswirkungen der Änderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes auf den Haushaltsplan 2

Die beiden Vorlagen werden mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig angenommen.

2. Artikel I des Gesetzentwurfs wird wie folgt geändert: 3

Nr. 2 wird wie folgt neu gefaßt:

"2. In § 2 Abs. 1 wird die Zahl
4 551 514 000 durch 5 041 914 000
ersetzt."

3. Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung 3

CDU-Antrag 1 zu Drucksache 11/5666 zu Kapitel 01 010
Titel 526 10, den Haushaltsansatz um 250 000 DM zu
erhöhen und eine Verpflichtungsermächtigung von
450 000 DM auszubringen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

4. Umschulung von Bergleuten

4

Der Antrag der SPD-Fraktion, in Kapitel 07 020 Titel 684 81 eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 12 900 000 DM, kassenwirksam im Jahr 1995, mit Sperrvermerk auszubringen, wird einstimmig angenommen.

Einstimmig faßt der Ausschuß folgenden Beschluß:

Die Landesregierung wird gebeten, dem Ausschuß den Tatbestand und die Chronologie der in Rede stehenden Maßnahme ausführlich darzustellen und mitzuteilen, aus welchem Grunde die Angelegenheit nicht in dem Gesetzentwurf der Landesregierung enthalten war.

5. Abschlagszahlungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz

6

Der Ausschuß faßt dazu einstimmig folgenden Beschluß:

Bei Kapitel 07 060 Titel 643 10 (Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gemäß § 6 Abs. 6 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes) ist folgender weiterer Haushaltsvermerk auszubringen:

3. Aus diesem Titel können auch Ausgaben zur Kostenerstattung von Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz gezahlt werden.

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligungen der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5510, 11/5929 und 11/5666

Schlußberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

Der Vorsitzende sagt, Grundlage der heutigen Beratung sei der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 11/5510) in der Fassung der Ergänzung der Landesregierung (Drucksache 11/5929) sowie die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur 2. Lesung (Drucksache 11/5666), die heute vom Landtag angenommen worden sei.

Ferner seien zwischenzeitlich noch die Vorlagen 11/2369 und 11/2382 eingegangen. Mit der Vorlage 11/2369 unterrichtete der Finanzminister über die neue Organisation der Vorprüfungsstellen. Die schriftliche Unterrichtung durch den Finanzminister sei zwar rechtzeitig vor der letzten Ausschußsitzung im Landtag eingegangen. Die Verteilung habe sich jedoch durch den Geschäftsgang im Landtag bis zum 9. September verzögert. Diese Vorlage könne durch Zeitablauf als erledigt betrachtet werden.

Mit der Vorlage 11/2382 arbeite das Finanzministerium die noch zu behandelnde Problematik zur haushaltsmäßigen Umsetzung der Neuregelungen im GFG auf und schlage eine weitere Veränderung des Haushaltsplans vor.

Außerdem habe er heute noch ein Papier als Tischvorlage verteilen lassen, das aus folgendem Grund erforderlich geworden sei:

Die Ergänzung der Landesregierung, die am 1. September als Drucksache 11/5929 verteilt worden sei, passe sich gesetzes-technisch in das laufende Gesetzgebungsverfahren nicht ein.

Da die Umsetzung formaljuristisch nicht unproblematisch wäre, habe er einen Formulierungsvorschlag zu Artikel II des Gesetzentwurfs der Landesregierung (Drucksache 11/5510) erarbeiten und mit dem Finanzministerium und dem Innenministerium abstimmen lassen.

1. a) Neufassung des Artikels II des Gesetzentwurfs der Landesregierung (Drucksache 11/5510)

(Die Tischvorlage wird dem Protokoll als Anlage beigefügt)

Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage.

Finanzminister Schleußer erklärt, daß es eine Panne gegeben habe, für die er sich entschuldige. Die Formulierungsempfehlung des Vorsitzenden werde von ihm formal und inhaltlich als die Fassung anerkannt, die die Ergänzung der Landesregierung (Drucksache 11/5929) beinhalten sollte.

Die somit vom Finanzminister unterstützte Neufassung des Artikels II wird vom Ausschuß einvernehmlich als Basis für die weiteren Beratungen bestätigt.

1. b) Auswirkungen der Änderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes auf den Haushaltsplan (Vorlage 11/2382)

Der Vorsitzende erläutert, inhaltlich werde ausschließlich das umgesetzt, was die Landesregierung mit der Ergänzungsvorlage 11/5929 eingebracht habe.

Abgeordneter Bensmann (CDU) betont, daß die CDU-Fraktion dem formellen Verfahren zustimme, inhaltlich jedoch die Vorlage der Landesregierung ablehne.

Abgeordneter Trinius (SPD) weist darauf hin, daß die SPD-Fraktion der Neufassung des Artikels II und auch dem Inhalt der Vorlage 11/2382 zustimmen werde.

Abgeordneter Schauerte (CDU) verweist auf die Vorlage 11/2382, in der vom Finanzministerium vorgeschlagen werde, den entsprechenden Einnahme-Ansatz um 120 000 000 DM zu erhöhen und die Kreditermächtigung um den gleichen Betrag abzusenken.

Finanzminister Schleußer erklärt, wenn sichergestellt sei, daß aufgrund der technischen Abwicklung der Zufluß im Jahr 1993 erfolgen werde, werde selbstverständlich in diesem Jahr die Buchung vorgenommen.

Der **Vorsitzende** stellt sodann die Neufassung des Artikels II (s. Anlage) sowie die Änderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (Vorlage 11/2382) zur Abstimmung. Die beiden Vorlagen werden mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig angenommen.

2. Artikel I des Gesetzentwurfs wird wie folgt geändert:

Nr. 2 wird wie folgt neu gefaßt:

"2. In § 2 Abs. 1 wird die Zahl 4 551 514 000 durch 5 041 914 000 ersetzt.

3. Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung

Abgeordneter Bensmann (CDU) stellt für die CDU-Fraktion den Antrag zum Einzelplan 01 (Kapitel 01 010 Titel 526 10), der bereits in der Schlußsitzung des Ausschusses zur 2. Lesung erörtert worden ist, zur Abstimmung, den Haushaltsansatz um 250 000 DM zu erhöhen und eine Verpflichtungsermächtigung von 450 000 DM auszubringen (CDU-Antrag Nr. 1 zur Drucksache 11/5666).

Alle Fraktionen verweisen auf ihre Äußerungen im Rahmen der bisherigen Ausschußberatungen und der Behandlung in der Plenarsitzung am 15. September 1993.

4. Umschulung von Bergleuten

Abgeordneter Trinius (SPD) beantragt eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung in Kapitel 07 020 Titel 684 81 um 12 900 000 DM, kassenwirksam im Jahr 1995, mit einfachem Sperrvermerk. Eine Veranschlagung dieser Ermächtigung sei notwendig, um ein Programm der Europäischen Gemeinschaft zur Umschulung von Bergleuten in Anspruch nehmen zu können.

Abgeordneter Schauerte (CDU) bittet um Aufklärung, aus welchem Grund dieser Antrag zur 3. Lesung des Nachtragshaushalts gestellt werde bzw. weshalb diese Maßnahme nicht in den Entwurf der Landesregierung aufgenommen worden sei. Ein entsprechender Hinweis des MAGS hätte auf der ministerialen Ebene dem Finanzministerium bei der Erstellung des Nachtragshaushalts zugehen müssen.

Finanzminister Schleußer erklärt, dem Finanzministerium sei das Anliegen nicht vorgebracht worden. Deshalb sei das Finanzministerium nicht in der Lage gewesen, einen entsprechenden Antrag vorzulegen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales führt aus, es gehe um Mittel im Rahmen des Programms zur Qualifizierung von Bergleuten, die von Arbeitslosigkeit bedroht seien. Der Hintergrund sei, daß das Programm eine Laufzeit von 1992 bis Ende 1993 habe, nachdem die dramatische Zuspitzung der Situation im Steinkohlenbergbau bekanntgeworden sei. Dies seien Mittel, die im Jahr 1992 im Haushalt veranschlagt worden seien, jedoch die Mittel für Qualifizierungsprojekte zugunsten von Bergleuten, die von Arbeitslosigkeit bedroht seien, nicht habe binden können, weil die Auflage derartiger Qualifizierungsprojekte einen gewissen zeitlichen Vorlauf benötige.

Um diese Mittel nicht verfallen zu lassen, habe man bei der Europäischen Gemeinschaft einen Antrag gestellt, den Auszahlungszeitraum für die Mittel auf das Haushaltsjahr 1997 auszuweiten, da die Vorbereitungen für das Programm von der Landesseite her noch nicht getroffen worden seien. Deshalb komme es heute zu einer Debatte darüber, ob eine Verpflichtungsermächtigung mit Fälligkeit 1995 im Haushaltsjahr 1993 ausgebracht werden könne. Die Mittel müßten im Haushaltsjahr 1993 noch bewilligt werden. Dies sei eine der Vorgaben der Euro-

päischen Gemeinschaft. Der Bewilligungszeitraum für dieses Programm ende unwiderruflich am 31.12.1993. Wenn die Mittel über den Nachtragshaushalt in diesem Jahr nicht bereitgestellt werden könnten, würde komplementär auch der EG-Programmteil zurückgehen.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) meint, es sei ihm unverständlich, wie diese Panne habe geschehen können und weshalb diese Angelegenheit nicht auf den Dienstweg habe gebracht werden können.

Auf die Frage des **Abgeordneten Schauerte (CDU)**, wann das MAGS diese Mittel bei der Europäischen Gemeinschaft beantragt habe und ob bekannt gewesen sei, daß ein entsprechender Beschluß für das Haushaltsjahr 1993 erforderlich sei, antwortet der **Vertreter des MAGS**, es sei Ende 1992 bekannt gewesen, daß man die Mittel für das Haushaltsjahr 1993 benötige. Spätestens zu diesem Zeitpunkt habe man gewußt, daß die Mittel, die im Haushalt 1992 veranschlagt worden seien, nicht gebunden gewesen seien.

Abgeordneter Schauerte (CDU) weist darauf hin, daß das MAGS spätestens seit Januar oder Februar 1993 gewußt habe, daß ein für Bergleute so wichtiges Programm nicht gesichert gewesen sei. Wenn dieses Programm dann nicht in die entsprechenden Bahnen komme, dann sei ein Punkt erreicht, der nicht mehr tragbar sei. Deshalb solle dem Ausschuß der chronologische Verlauf ausführlich schriftlich mitgeteilt werden.

Abgeordneter Frechen (SPD) stimmt den Ausführungen des Abgeordneten Schauerte zu. Da er in den Erklärungen der Landesregierung keine hinreichende Begründung sehe, wolle auch er eine Sachaufklärung.

- Der Ausschuß faßt dazu einen entsprechenden Beschluß.

5. Abschlagszahlungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz

Finanzminister Schleußer regt an, bei Kapitel 07 060 Titel 643 10 (Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gemäß § 6 Abs.6 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes) einen weiteren Haushaltsvermerk auszubringen, der wie folgt lautet:

Aus diesem Titel können auch Ausgaben zur Kostenerstattung von Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz gezahlt werden.

Als Begründung sei anzuführen, daß zum 1. Oktober 1993 Abschlagszahlungen sowohl für Leistungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz als auch nach dem ab dem 1. November 1993 in Kraft tretenden Asylbewerber-Leistungsgesetz zu erbringen seien. Die bisherigen Zweckbestimmungen zu dem genannten Titel hätten den Kommunen nicht die Möglichkeit gegeben, den Erstattungsanspruch gegen das Land geltend zu machen bzw. umzusetzen.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) erhebt diese Anregung des Finanzministers zum Antrag, der in der Abstimmung einstimmig angenommen wird.

gez. Dautzenberg
Vorsitzender

Anlage

08.03.1994/ 10.03.1994

240